

Kleine Anfrage Simone Machado (GaP): Setzt der Gemeinderat das Demonstrationsrecht in der Stadt Bern für den Weihnachtskommerz ausser Kraft?

Wie der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung vom 8. November 2023 mitteilt, sollen wegen Veranstaltungen, Grossanlässen und Weihnachtsmärkten ab dem 17. November bis und mit 24. Dezember 2023 keine Grosskundgebungen mehr bewilligt werden. Dieser Entscheid setzt somit das Demonstrationsrecht in der Bundeshauptstadt im besagten Zeitraum ausser Kraft. Damit werden nicht nur Grundrechte – die Meinungsäusserung – und die Versammlungsfreiheit – beschnitten, sondern darüber hinaus auch wird der demokratische Diskurs unterbunden. Dies birgt wiederum die Gefahr, dass sich die Menschen, die ihre Stimme sowie ihr Anliegen – oft beide marginalisiert - mittels Kundgebungen in die Gesellschaft einbringen wollen, sich unter Umständen radikalieren und sich ungute Eigendynamiken entwickeln.

Der Gemeinderat wird gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Hält das Kundgebungsverbot vom 17. November bis und mit dem 24. Dezember 2023 einer Beschwerde stand?
2. Hat der Gemeinderat eine Güterabwägung zwischen kommerziellen Interessen und dem Kundgebungsrecht vorgenommen? Wenn ja, welche Kriterien haben gegenüber anderen überwogen?
3. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass er als Exekutive der Bundeshauptstadt das Kundgebungsrecht besonders zu schützen hätte? Wieso trägt er diesem Anspruch nicht Rechnung?
4. Ist der Gemeinderat der Auffassung, dass sich die Rechtsprechung, wonach beim Demonstrationsrecht kein Anspruch auf einen bestimmten Ort oder Platz besteht, telquel auf die Bundeshauptstadt, insbesondere den Bundesplatz, übertragen lässt? Wenn ja, mit welcher Begründung?

Bern, 09. November 2023

Erstunterzeichnende: Simone Machado

Mitunterzeichnende: -